

Neueste Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Neueste Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 2.00 Reichsmark, durch Fernpost 2.10 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark a. 30 Pfennige Zeitungsgebühr. Einzelhefte 10 Pfennige. Die Tagespreise werden nach Einzelheften berechnet; die Hefen 0.25 Reichsmark.

Neues in Kürze.

Der Reichspräsident von Hindenburg hat gestern Berlin verlassen, um einige Tage auf dem Lande zu verbringen und seinen 79. Geburtstag am 2. Oktober in aller Stille zu feiern.

Die Mannschaften des amerikanischen Kreuzers „Memphis“ hatten gestern dem neuen Wahrsprengen Berlins, dem Junkturn, einen Besuch ab. Sie wurden vom Direktor des Berliner Velle- amts und vom Vizepräsidenten des Reichsrats begrüßt. Nach Besichtigung der Volkshausausstellung führten sie nach dem Flussufer. Die Rückfahrt nach Kiel erfolgte gestern abend.

Die Bürgermeister der holländischen Städte Amsterdam, Rotterdam, Arnhem und Zutphen sind zu einem mehrtägigen Besuch in Hamburg eingetroffen, um den Hafen, die Organisation des Gesundheitswesens und andere städtische Einrichtungen kennen zu lernen.

Der Streik der Hamburger Hafenzarbeiter droht auf die übrigen deutschen Hafenstädte sich auszudehnen und damit zu ernstlichen Komplikationen im deutschen Schiffsverkehr zu führen. Heute liegen Meldungen über Lohnforderungen der Hafenzarbeiter vor aus Kiel, Lübeck und Königsberg. In Hamburg ist das Gewerkschaftsamt von den Streikenden zur Unterbrechung des Lohnkampfes angerufen worden.

Der am Montag in Berlin eröffnete Verbandstag des Verbandes der Polizeibeamten Preußens nahm folgende Resolution an: Der vierter ordentliche Verbandstag stimmt mit Bedauern nach der eingehenden Erörterung des Herrn Ministers Erörterung Kenntnis und wünscht aufrichtig baldige Wiedereröffnung, damit der Herr Minister, der einen hervorragenden Anteil an der Stabilisierung der Verhältnisse in Preußen und Deutschland hat, die Demokratisierung der Staatsverwaltung, die Republikanisierung und Entmilitarisierung der Polizei zur Durchführung bringen und das neue Polizeibeamtengesetz im Sinne und Geiste der Weimarer Verfassung schaffen kann.

Der Arbeiter Biller aus Duisburg wurde vom Reichsgericht wegen verführerischer Spionage in den Jahren 1923/24 zum Tode verurteilt (I) zu zwei Jahren Zuchthaus, der Detonationsmacher Karl Ruhr aus Duisburg zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Zu der Verhaftung des Privatgelehrten Dr. Dieck und des Subdirektors Dr. Goldmann in Weimarburg (Ostpr.) wird gemeldet, daß beide militärische Geheimnisse fremder Staaten zum Kauf angeboten hatten. Dr. Goldmann ist geständig, die Uebersetzung der Verhafteten nach Leipzig steht bevor.

Die Reichsbahn hat die Verhandlungen zur Ergebung der Militärtransporte an die deutsche Industrie abgeschlossen. Es sind 120 Millionen Mark für Ausbau und Vervollständigung der Reichsbahnhöfen bereitgestellt.

Zu der neuen Lohnbewegung der deutschen Eisenbahner erfahren wir, daß bis heute neue Verhandlungen von den Organisationen der Generaldirektion noch nicht überreicht sind.

Von der deutschen Ökonomie wird gemeldet, daß in den letzten Tagen zahlreiche Polen als Flüchtlinge die deutsche Grenze überschritten haben. Besonders aus Dirschau werden zahlreiche Uebertritte gemeldet. Es handelt sich um Polen, die politisch gegen Valsubini tätig gewesen sind und die mit einer neuen Staatsumwälzung in Polen in der Richtung einer schicksalhaften Diktatur und damit auch mit dem Verlust ihrer persönlichen Freiheit rechnen.

Ueber die Besetzung der Deutschland vorbesetzten Stellen im Völkerbund hat der Generaldirektor der deutschen Delegation Vorschläge überreicht, über die die Reichsregierung Beschlüsse fassen wird. Eine vorläufige Besetzungnahme mit dem Parlament ist nicht in Aussicht genommen. Es kommen insgesamt 15 Stellen innerhalb des Völkerbundssekretariats in Frage, und zwar zum 1. November.

Das die Einberufung des Völkerbundsrates nach Berlin in Aussicht genommen sei, heißt die Berliner amtlichen Stellen.

Die GERMERSHEIMER MÖRDER auf freiem Fuß. Einstellung des Tatbestandes durch die Franzosen.

Gegenüber der amtlichen Darstellung des zuhängigen deutschen Polizeipräsidenten gibt die amtliche französische Botschaft folgende Darstellung der Mordtaten in GERMERSHEIM:

Nach den in Mainz eingegangenen Erkundigungen über den zwischen einem GERMERSHEIMER Offizier und mehreren Deutschen in GERMERSHEIM entfallenden Streit ergibt sich, daß im Laufe des Sonntags französische Soldaten mehrfach von diesen Deutschen provoziert worden sind. Am 27. September, gegen 1 Uhr früh, hätten sechs Deutsche einen Offizier am Stadtor angegriffen. Der bedröhte und gefesselte Offizier habe in Notwehr einen seiner Angreifer verumdet, nachdem er zuvor einen Schreckschuß abgegeben habe. Auf dem Heimwege sei er erneut angegriffen worden; er habe sich ein zweites Mal verteidigen müssen und dabei einen zweiten Gefährten und einen anderen verumdet. Vom französischen Militärgericht sei eine Untersuchung eingeleitet worden.

Der Zweck dieser Erklärungen ist natürlich, genau wie bei dem ersten Vorfall in GERMERSHEIM — bei dem, wie einmütlich die Franzosen in unzweifelhafter Weise eine deutsche Gefallenengedenkfeier fürten — die Schuld den „Bohes“ zuzuschreiben und dadurch zu rechtfertigen, daß die Arbeiter heute noch auf freiem Fuß seien.

Aus GERMERSHEIM wird dazu weiter gemeldet: Der gestern erschienene französische Bericht spricht immer noch von einem Zusammenstoß der französischen Offiziere mit Betrunknen, der schließlich zu den weiteren Mordtaten geführt habe. Die französischen Truppen seien

in den Kellern konfiniert. Die gestern abend einberufenen Vernehmungen wurden von der Militärbehörde unterjagt, ebenso wurde eine Ausdehnung der Stadtverletzung verboten. Die Erregung in GERMERSHEIM ist um so größer, als die französischen Oberbeamten des öffentlichen Sicherheitsdienstes übernommen haben und zahlreiche Verhaftungen unter den Straßenpolizisten vornehmen.

Wie der Außenminister gestern abend seinen Vorkreisenden erklärte, sieht auch er in dem Vorfall von GERMERSHEIM eine beflaggsamer Ausübung der Fortdauer der Besetzung. Entschlüsse des Kabinetts sind erst nach der Rückkehr des Kanzlers zu erwarten, mit der für Sonnabend gerechnet wird.

Dem heutigen „Pariser Temps“ zufolge ist sich der deutsche Botschafter von Hoeßler für Freitag im französischen Außenministerium angelegt. Man kann wohl als sicher annehmen, daß der Besuch von Hoeßler bei Briand den Vorfällen in GERMERSHEIM gilt.

Wie aus Karlsruhe verlautet, wird der Vertreter des Reichsjustizministeriums für die besten Gebiete, Graf Adelmann heute bei der internationalen Grenzlandkommission Vorstellungen wegen des Vorfalls in GERMERSHEIM erheben.

Für die Tagung des Auswärtigen Ausschusses am Donnerstag, dem 7. Okt., sind zwei Tage vorgesehen. Die Reichsjustizminister würden heute an, nach wie auch die Verhandlungen in GERMERSHEIM zu einer eingehenden Aussprache im Ausschuss führen mögen.

Verdächtigung Hindenburgs.

Auf der Tagung des Republikanischen Reichsbundes in Berlin hat der Berliner Botschafterpräsident Friedensburg Anmerkungen gemacht, das Bureau des Reichspräsidenten sei „diejenige Stelle, an die sich alle möglichen Gruppen zu wenden pflegen“, um Anordnungen des preußischen Innenministeriums zu durchsetzen.

Der Reichspräsident hat nunmehr den preußischen Innenminister amtlich aufgefordert, den auf die Verdächtigung ruhig hinzunehmen, die ihm sich sonst als besonderen Vahner der Republik gebührende Senering fonderbarer Weise keinen Anlaß gegeben hätten, von sich aus auf Wahrung der Würde des Präsidenten der Republik einzugreifen.

Schlechte Aussichten des Stahlrukses.

Wie heute aus Luxemburg gemeldet wird, hat ein getrigte Sonderberufung der belgischen Industriellen in Brüssel abgelaufen, die die Unterzeichnung des Schwerindustrieabkommens vorzunehmen. Die Forderungen der Belgier sind nach wie vor: Lohnveränderung zugunsten der belgischen Schwerindustrie. Infolge dessen hält man auch in Kreisen der deutschen Schwerindustrie ein baldiges Zustandekommen des mitteleropäischen Eisenartells für nicht mehr wahrscheinlich.

Keine Große Koalition.

Unter Berliner Bestrecker berichtet: Das Scheitern der Vorberufungen über den Eintritt der Volkspartei in die Regierungserregung ist auf normale und zurecht unlosbare Schwierigkeiten zurückzuführen. Der Vorwärts stellt bereits fest, daß die Einbindung der Großen Koalition in Preußen unmöglich sei. Die Franzosen, die nach zu dem Ergebnis Stellung nehmen werden, treten am 5. bzw. 7. Oktober zusammen.

Verhandlungen über die Fürstenabfindung.

Die Verhandlungen zwischen dem preußischen Staatsministerium und dem Herrn v. Berg als dem Generaloberbefehlshaber der Heeresinspektions-Vermögensverwaltung über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen dem Lande Preußen und den Hohenzollern haben, wie wir

hören, erhebliche Fortschritte gemacht. Der Entwurf des Abfindungsvertrages sollte bereits am Montag das preußische Kabinetts beschließen, ist aber schließlich von der Tagesordnung der Kabinettsitzung ohne Debatte abgehakt worden.

Ende des englischen Streits?

Aus London wird gemeldet: Die Nachrichten aus den Kohlenbezirken zeigen, daß der Anfang vom Ende im Bergwerkeskonflikt erreicht ist. Die Arbeiter in Sidwales, Schottland und Lancashire kehren zur Arbeit zurück. Die wilden, sehr eines hervorzuheben Bergarbeiterstreiks zur Arbeit in den mittleren Bezirken, der seine Stellung in der Bergarbeitergemeinschaft ausgab, wird wahrscheinlich eine größere Anzahl ähnlicher Fälle nach sich ziehen. In einem der Bezirke von Lancashire wurde von den Bergarbeitern beschlossen, zur Arbeit zurückzugehen trotz harten Widerspruchs seitens der Gewerkschaften.

General feng und die Kantontuppen.

Aus Peking wird gemeldet: Der sinesische General Feng, der bisherige Führer der von den Russen unterstützten, in Nordwestchina operierenden „nationalen“ Armee, dessen Rückkehr von Peking nach China bereits früher erwartet wurde, ohne daß eine offizielle Bestätigung erlangt werden konnte, ist nach sicheren Nachrichten in Tangtschi in der Provinz Kanci ein. Er befindet sich also auf dem Wege zu seiner früheren Armee, die gegenwärtig in Form der Kantontuppen in Kanton unterstellt. Der General Feng wird sich auf dem Wege nach Kanton befinden, wo er sich auf politischer Kommandeur begleiten. Die Vereinigung der Kantontuppen ermahnt hat. Die Vereinigung der Kantontuppen und der Volksarmee kann in etwa zwölf Tagen ermahnt werden. Ein Teil der japanischen Presse tritt erneut für die Kantontuppen ein.

Die Vereinigung heider russlandfreundlichen Truppen dürfte die Lage des Engländerfreundes Wupufu und damit die Stellung der Engländer in China weiter erschweren. Die Bemerkung über japanische Sympathien für die roten Kantontuppen ist ebenfalls beachtenswert: noch steht fest, daß Japan und der in Japan bestehende Marschall Tchangtschi nicht eines Tages Hand in Hand mit der sinesischen nationalen Bewegung und mit Sowjetrußland gegen England arbeiten. Offenbar hat England von Japan eine Abgabe auf seine Anstrengungen zur Zusammenarbeit erhalten, wie man aus der folgenden diplomatisch zurückgegriffenen Erklärung schließen muß:

In Beantwortung einer Anfrage im Unterhaus erklärte der englische Ministerpräsident Baldwin, die Regierung werde sich an einem Kollektivvertrag in China mit anderen Mächten zusammen nicht beteiligen, da es Sache jeder einzelnen Regierung sei, in eigener Angelegenheit und den Verhältnissen gemäß die Maßnahmen zu beschließen, die für den Schutz ihrer Staatsangehörigen und ihrer Interessen notwendig seien.

Parallelität der Ereignisse. Regierungsumbildung in Europa und im Reich?

Das höchst eigenartige und interessante der augenblicklichen deutschen Lage und Politik ist, daß eine überraschende Parallelität zwischen Innen- und Außenpolitik vorliegt: Die Außenpolitik Dr. Stresemanns in China mit anderen Mächten zusammen nicht beteiligen, da es Sache jeder einzelnen Regierung sei, in eigener Angelegenheit und den Verhältnissen gemäß die Maßnahmen zu beschließen, die für den Schutz ihrer Staatsangehörigen und ihrer Interessen notwendig seien.

Das höchst eigenartige und interessante der augenblicklichen deutschen Lage und Politik ist, daß eine überraschende Parallelität zwischen Innen- und Außenpolitik vorliegt: Die Außenpolitik Dr. Stresemanns in China mit anderen Mächten zusammen nicht beteiligen, da es Sache jeder einzelnen Regierung sei, in eigener Angelegenheit und den Verhältnissen gemäß die Maßnahmen zu beschließen, die für den Schutz ihrer Staatsangehörigen und ihrer Interessen notwendig seien.

Diese beiden Anstrengungen zu einer Regierungserweiterung nach links in Europa wie im Reich scheinen auch in ihrem weiteren Verlauf seitdem verknüpft zu sein: Lehnt Frankreich, wie man nach Poincarés und der Pariser Presse Erklärungen heute schon fast annehmen konnte, die Verhängung und Zulassung einer Regierungsumbildung und also die europäische Regierungsumbildung nach links ab, so ist die Stellung Dr. Stresemanns schwer erschüttert, — weil er bei den durch seine jetzige Franzosenpolitik vor den Kopf geschlagenen Engländern und Italienern das von ihm beider beiden Staaten dann doppelt nötige Vertrauen schließlich je wieder finden wird. Und mit Dr. Stresemann hätte die ganze von ihm geführte Vorkriegspolitik und mit ihr die gesamte deutsche Linke und Mitte einen schweren Stoß bekommen. Die Außenpolitik der Rechten und damit die Rechte selber hätte „recht“ behalten, und wenn nur noch eine Spur von Bernunft in unserer Politik herrschte, müßte der Sieg der europäischen Rechten ein Sieg der deutschen Rechten innerhalb Deutschlands folgen, d. h. eine Regierungsumbildung nach rechts (— womit dann auch in der deutschen Regierungsumbildung die Parallelität mit den übrigen europäischen Großmächten, mit England, Frankreich, Italien und ihren Regierungen hergestellt wäre —). Geht dagegen Frankreich auf Dr. Stresemanns Pläne ein, erfolgt also eine europäische Regierungsumbildung nach links, so würden bei solchem Sieg der Außenpolitik der deutschen Linke die Aussichten eines Eintritts der Deutschen in die Reichsregierung wohl nur sehr gering sein.

Ganz ähnlich wie mit Dr. Stresemanns Angebot an Briand steht es mit Dr. Eiberbergs Angebot an die Sozialdemokraten. Lehnen die Sozialdemokraten, wie man nach den Erklärungen der linken Gewerkschaften und der Einheitsfront heute einstimmen ebenfalls fast schon annehmen könnte, die Verhängung und Zulassung einer Regierungsumbildung mit den Bürgerlichen ab, so hätte nicht nur ebenfalls wieder die Stellung des eine Einheitsfront

